

„Entwicklungsländer Ostafrikas“

Bericht über eine Studienreise.

Von Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel

02
Entw

I.

Zum erstenmal seit Jahrzehnten wird in Deutschland eine Afrika-Woche veranstaltet (Oktober 1960). Sie soll der Begegnung der Bundesrepublik mit der neuen afrikanischen Welt dienen, sie soll uns vertrauter machen mit den Fragen, die in diesem Kontinent zur Lösung anstehen, sie soll den Vertretern dieses Kontinents die Möglichkeit geben, Einblick zu nehmen in unsere Verhältnisse und hier unmittelbar für ihre Anliegen zu werben.

Im Rahmen dieser Afrika-Woche bin ich gebeten worden, über eine Reise zu berichten, die mich im Juli und August dieses Jahres zum Teil gemeinsam mit dem Präsidenten der Deutschen Afrika-Gesellschaft, Herrn Dr. Gerstenmaier, durch die ostafrikanischen Länder geführt hat. Ich werde versuchen, den Schwerpunkt meiner Ausführungen aber auf die Überlegungen abzustellen, die ich während und nach dieser Reise über die Fragen der deutschen Entwicklungshilfe angestellt und die ich danach mit zahlreichen mir bekannten Persönlichkeiten erörtert habe.

Präsident Dr. Gerstenmaier hatte mich gebeten, ihn auf dieser Reise zunächst durch Kenya zu begleiten und mich alsdann zu konzentrieren auf die Gebiete, die ich aus eigener beruflicher Tätigkeit in den Jahren von 1935 bis zum Ausbruch des Krieges kannte, in denen ich als Landwirt und Kaufmann gelebt habe, deren Verhältnisse mir damals vertraut waren, unter deren eingeborener Bevölkerung ich vielleicht noch manchen Bekannten wiederfinden und mit denen ich vielleicht auf Grund der Tatsache, daß ich ihre Sprache beherrsche, ein offenes Gespräch führen könnte. Ich würde also die Entwicklung zwischen 1939 und heute, die wirtschaftlichen und politischen Zustände beurteilen und mir ein Bild über die weiteren Wege dieser Gebiete in die Selbständigkeit machen können.

Mein Besuch konzentrierte sich also auf Ostafrika: 8 Tage Kenya, 3 Wochen Tanganjika einschl. Zansibar und je 4 oder 5 Tage Uganda

und den Sudan. Diese Reise brachte mich in Berührung mit Regierungsbeamten und Kaufleuten, mit afrikanischen, indischen oder europäischen Politikern, Parteiführern und Ministern, mit Pflanzungsausschüssen und Arbeitern, mit Ärzten, Missionaren und Pastoren, mit Professoren und Technikern, mit alten deutschen Pflanzern, mit „white hunttern“ und Wirtschaftswunder-Jägern. Ich besichtigte Pflanzungen, Fabriken, Staudämme, Elektrizitätswerke; ich wurde bekanntgemacht mit einer Fülle von Projekten — vorzüglichen und phantastischen.

Ich war eine Woche bei den deutschen Benediktiner-Missionsstationen im fast unentwickelten Süden Tanganikas, einige Tage bei den früheren evangelischen Missionen im Norden, die heute Glieder selbständiger afrikanischer evangelischer Kirchen sind. Ich war Gast der britischen Gouverneure oder Residenten, des Präsidenten der Republik des Sudan; ich hatte eine lange Audienz mit dem Kabaka von Uganda.

II.

Wie sieht es in diesen Ländern aus? Um sich ein Bild machen zu können, muß man einige Vorstellungen von den Größenordnungen Afrikas haben. Tanganika ist fast viermal, die vier ostafrikanischen Länder Tanganika, Kenya, Uganda, Sansibar zusammen siebenmal, der Sudan zehnmal so groß wie die Bundesrepublik. Diese vier ostafrikanischen Länder zählen etwa

21.000.000 Eingeborene,
300.000 Inder,
100.000 Araber,
100.000 Europäer.

Die Bevölkerung dieser Länder setzt sich zusammen zum großen Teil aus den Stämmen einer gemeinsamen Rasse, der Bantu, dazu aus Hamiten, Semiten, Niloten und Arabern. Es ist kein einheitliches eingeborenes Volk, es gibt vielmehr eine Unzahl von Stämmen; in Tanganika allein deren über 200, in Kenya über 30, in Uganda etwa 20. Die ethnologische Grundlage, die historische Entwicklung, die Veranlagung bei diesen Stämmen sind sehr unterschiedlich, so daß Stammesfehden ständig auf der Tagesordnung waren, und es ist auch heute noch nicht einfach, Stämme politisch etwa zu einer größeren Gemeinschaft zusammenzuführen.

Der Ausgangspunkt der politischen Entwicklung in diesen Ländern ist also der eigene Volksstamm; in den Anfangsstadien der politischen

Partei Gründungen war demnach Partei mit Volksstamm zunächst identisch. Das führte zu einem völlig unübersichtlichen politischen Bild, bei dem dann große Stämme die kleineren auch politisch majorisierten. Der politische Konsolidierungs-Prozeß als Voraussetzung für einen erfolgreichen Weg in die Selbständigkeit mußte also bei einer Zusammenführung mehrerer, vielleicht aller Stämme in eine politische Partei beginnen.

Diese politischen Wege haben dazu geführt, daß Tanganyika alle Kräfte, alle Stämme in einer politischen Partei zusammenführte, der TANU. Tanganyika hat diese Konsolidierung hervorragend zuwege gebracht, hat dabei aber eine Voraussetzung erfüllen können, daß es nämlich eine Persönlichkeit hat, die unbestritten in der TANU die Führung in der Hand hält, und zwar den heutigen ersten Chief Minister Dr. Julius Nyerere.

Man wird mir einwenden, daß es eine zweifelhafte Demokratie wäre, wenn nur eine politische Partei vorhanden sei. Demokratie setze voraus, daß man wählen könne zwischen dieser und jener Partei, zum mindesten also zwischen zwei Alternativen. Demokratie setze voraus, daß einer Regierung eine Opposition entgegensünde, die die Regierung kontrolliere, sie antreibe und ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte verbürge, damit nie wieder Diktatur entstehen könne. Das Land, in dem ich Ministerpräsident bin, ist das einzige Bundesland, das in seinen parlamentarischen Ordnungen dieses Miteinander von Regierung und Opposition in der staatspolitischen Verpflichtung verankert hat. Ich gerate also sicher nicht in irgendeinen Verdacht hinsichtlich meiner demokratischen Grundprinzipien, wenn ich sage, daß man europäische Maßstäbe auf afrikanische nicht anwenden kann. Für Afrika ist es zunächst ein ganz großer Vorteil, daß man sich über die Rassen hinweg, vom Eingeborenen bis zum Asiaten und Europäer, in einer politischen Partei finden kann. Konkurrierende Parteien in dieser afrikanischen Welt führen allzu leicht zu demagogischen Ausartungen, die eine gesunde Entwicklung dieser Staaten verhindern können.

Tanganyika ist auf dem Wege, den Beweis anzutreten, daß der Weg in die Selbständigkeit freigehalten werden kann von großen Erschütterungen und Chaos, die bisher Geschaffenes vernichten und den Neuaufbau um Jahre unterbrechen und verzögern würden.

Als Dr. Gerstenmaier und ich am 11. Juli in Nairobi landeten, hatte der Kongo seine Selbständigkeit gerade erst 11 Tage zuvor erhalten. Drei oder vier Tage nach dieser Selbständigkeit wurde die Explosion ausgelöst; die ersten Flüchtlinge trafen bereits in den ost-

afrikanischen Nachbarländern ein. Jeder Nichtafrikaner stellte sich die Frage, ob auch für ihn eine gleiche Entwicklung kommen könnte wie drüben im Kongo, ob er das Land verlassen müßte, vielleicht nur das nackte Leben retten könne; ob er die Koffer packen, bereits die Pläne für die Abreise seiner Frau und seiner Familie machen sollte; ob es sinnvoll wäre, sein Geld in sichere Gebiete zu transferieren; vielleicht sogar seine Pflanzung, sein Geschäft zu verkaufen und sein Kapital abzuziehen.

Der Unruhe auf Seiten der Nichtafrikaner stand die gleiche Unruhe auf Seiten aller eingeborenen Politiker gegenüber. Auch sie sahen in der Entwicklung am Kongo eine große Gefahr für ihre eigenen Bestrebungen zur Unabhängigkeit. Mir schien, daß sie Verständnis dafür hatten, wenn England als Treuhänder und Protektors- oder Kolonialmacht den ostafrikanischen Ländern die Freiheit jetzt noch nicht geben würde, sondern diese Unabhängigkeit noch weitere Jahre mit der Begründung hinauschieben würde, daß eine Unabhängigkeit für diese Gebiete heute die gleichen Gefahren wie im Kongo heraufbeschwören würde und daher die Übergangsphase verlängert werden müßte.

Die Kritik an der Entwicklung im Kongo traf vor allem mit großer Härte die Belgier, denen man vorwarf, sie hätten die Selbstständigkeit zu schnell und unvorbereitet gewährt. Die Kritik der eingeborenen Politiker war genau so hart gegenüber den eingeborenen Politikern des Kongos: Man warf Kasawubu vor, daß er sich nur um die Dinge seines eigenen Stammes im West-Kongo gekümmert hätte, daß er nicht „nation-wide-minded“ gewesen, und daß Lumumba überhaupt erst vor zwei Jahren Politiker geworden sei. Man warf ihnen vor, daß sie keinerlei Team gebildet hätten, daß sich vielmehr jeder nur für sich oder seinen Stamm, nicht aber für das Ganze eingesetzt habe. Man warf ihnen vor allem vor, daß sie lediglich für die Erringung der Freiheit gestritten, sich aber mit den Fragen, die am Tage nach der Freiheit von der neuen selbstständigen Nation gelöst werden müßten, nicht befaßt hätten.

Ganz anders sah es nun in Tanganyika und Kenya aus. Sowohl auf Seiten der verantwortlichen englischen Treuhänder oder Kolonialmacht als auch auf Seiten der afrikanischen oder der asiatischen Politiker bemüht man sich darum, eine Mannschaft auszubilden, die mit der Erringung der Selbstständigkeit die Führung in der obersten Spitze, aber auch unten, übernehmen könnte. Man beschäftigte sich vor allem seit langem mit der Ausarbeitung der erforderlichen Pläne für Schulwesen, Erschließung für wirtschaftliche Maßnahmen. Mir war dabei

höchst interessant, als einer der Minister in Daresßalaam mir sagte, daß diese Planungen so umfassend seien, daß sie sie nicht alle auf einmal realisieren könnten, daß sie daher Prioritäten festlegen müßten.

Aus diesen kritischen Betrachtungen über die Entwicklung im Kongo und den Maßnahmen, die stattdessen zur Vorbereitung in Tanganjika und Kenya sichtbar sind, aus der ganzen mehrjährigen Entwicklung bis zur gegenwärtigen Phase habe ich damals bereits mit großem Nachdruck behauptet, daß die Entwicklung im Kongo eine einmalige Episode sei, die sich in den ostafrikanischen Ländern nicht wiederholen würde. Der Zeitablauf der letzten 3½ Monate, in denen in Tanganjika die Wahlen stattgefunden haben und die erste von einem Eingeborenen geführte Regierung gebildet worden ist, hat mir bislang Recht gegeben.

Ich habe mich damals darum bemüht, diese meine Auffassung zu verbreiten, weil ich eine Sorge hatte: Wenn Nichtafrikaner ihre Koffer packen, Reisevorbereitungen für ihre Frauen treffen, Geld oder Kapital abziehen und nur von einer Krise sprechen, dann bleibt alles das dem Eingeborenen und seiner engsten Umgebung nicht verborgen und wird sich durch ihn gerüchtweise immer weiter ausbreiten. Das Ergebnis wird sein, daß durch die Unsicherheit auf der einen Seite, durch unkontrollierbare Kräfte auf der anderen Seite, eine Krise tatsächlich ausgelöst wird. Ruhe also hier wird auch zur ruhigen Überlegung dort führen. Man kann, wie mir Dr. Julius Nyerere sagte, eine Krise auch durch ständiges Reden über eine Krise auslösen.

Diese positive Beurteilung gilt zunächst für Tanganjika; in Kenya sieht es etwas anders aus. Die stammesmäßige Zusammensetzung ist nicht so gleichmäßig wie im südlichen Nachbarland. Es gibt hier einen Stamm, der in seiner Größe die anderen Stämme überragt; es sind die Kikuyu, die 1952 den Mau=Mau=Aufstand begannen. Dieser Aufstand erstreckte sich über den Ausnahmezustand, die emergency, bis Ende 1959. Während unseres Aufenthaltes in Nairobi waren gerade wieder 60 der Mau=Mau-Tätigkeit verdächtige Personen verhaftet worden. Ausgangspunkt für diesen schweren Aufstand war die Tatsache, daß ein großer Bereich des Stammesgebietes der Kikuyu den weißen Siedlern in den sogenannten White Highlands vorbehalten blieb. Eingeborene durften dort nicht siedeln. Diese White Highlands sind von vorwiegend englischen Siedlern zu einem blühenden Ackerland gemacht worden: Weizen und Mais, Pyrethium, Kaffee. Es ist ein Stück alten Englands viktorianischer Zeit; tüchtige Männer haben hier im Vertrauen auf die Zusicherung ihrer Kronen das Land erschlossen, aufgebaut. Aber Tatsache ist auch, daß landlose Kikuyu sich dagegen wehren, daß sie von der

Bestiedlung dort ausgeschlossen sind. Landhunger führte dann zu jenem furchtbaren Aufstand.

Heute hat die Kenya-Regierung, haben Britischer Gouverneur mit weißen und schwarzen Ministern einen Landreformplan aufgestellt, mit dem dieses große Problem gelöst werden soll. Der Landwirtschaftsminister in Kenya bat mich dort zu einer Aussprache über dieses sehr beachtliche Vorhaben. Er, einer seiner für diese Fragen ebenfalls zuständigen Kollegen und der Präsident der KANU, jener Partei, die sich, wie ich bereits bemerkte, vor allem aus Kikuyu rekrutiert, haben die Bundesregierung vor 6 Wochen aufgesucht und über unsere Mitwirkung verhandelt.

Es ist ein sehr vielschichtiges Vorhaben, in dessen Mittelpunkt die Aussiedlung von 15.000 Kikuyu-Bauernfamilien steht, nicht gegen die Weißen, nicht durch Enteignung der weißen Pflanzungen, sondern mit den Weißen: ein gemeinsamer Plan. Man hat uns um Mitwirkung gebeten, um finanzielle und um personelle. Man würde es begrüßen, wenn auch der qualifizierte deutsche Fachmann für die Mitwirkung gewonnen werden könnte. Ich halte dieses Vorhaben für eine große Tat, und ich zweifle nicht daran, daß wir helfen werden. Es kann der Ausräumung auch der letzten Spannungen zwischen Schwarz und Weiß dienen und damit auch für Kenya die Gewißheit für einen reibungslosen Übergang in die Selbständigkeit bewirken.

Das politische Bild in Kenya — ich sagte es — ist nicht so klar wie in Tanganika, es hat sich aber in den letzten Jahren ganz entschieden geklärt. In Kenya gibt es nicht, wie in Tanganika, nur eine Partei, sondern mehrere große Parteien. Diese Parteien beschränken sich aber nicht mehr wie früher auf nur einen Volksstamm, sondern greifen jetzt über die Stammesgrenzen hinaus. Ich habe mich mit den Präsidenten dieser Parteien unterhalten, deren politisches Ziel das gleiche ist, die sich nur in den Wegen, vielleicht auch in den Methoden voneinander unterscheiden. Ein großes Aktivum ist aber, daß sich die politischen Führer der verschiedenen Parteien zu gemeinsamen Gesprächen zusammenfinden und daß sie gemeinsam ihre Pläne für die Selbständigkeit konzipieren, und daß sie jeden Gedanken an eine neue Mau-Mau-Bewegung von sich weisen. Die Entwicklung im Kongo hat sicher für alle Afrikaner eine Lehre gebracht: daß man nur dann in seinem Ziel weiterkommt, wenn man Vertrauen in diese Länder begründen kann. Denn nur das Vertrauen wird andere dazu veranlassen können, diesen Ländern in ihrer Entwicklung zu helfen. Vertrauen setzt voraus, daß unter gar keinen Umständen chaotische Verhältnisse — wie

im Kongo — auch nur andeutungsweise in diesen östlichen Nachbarländern eintreten dürfen.

Ganz anders aber sieht es leider in Uganda aus. Dort stehen auf der einen Seite mehrere Könige, dabei der Kabaka von Buganda, der König des volkreichsten Stammes der Buganda, sowie eine Reihe von Stammesfürsten; auf der anderen Seite stehen heraufkommende politische Parteien. Diese Parteien aber sind noch keineswegs sichtbar; ich würde etwas überspitzt formulieren: sie bestehen zuweilen nur aus einem Präsidenten, einigen Vorstandsmitgliedern und einem Brieffkopf. Eine einzige politische Partei hat bereits einige 10.000 Mitglieder.

Die völlig unklaren politischen Verhältnisse treffen nun zusammen mit einer ersten wirtschaftlichen Situation. Das Hauptprodukt — der Robusta-Kaffee — ist preislich zerfallen und schwer absetzbar. Das nächst bedeutende Produkt, die Baumwolle, hat in diesem Jahr unter fehlendem Regen gelitten. Der Boykott des vergangenen Jahres gegen den kleinen indischen Händler hat zu einer starken Beunruhigung der Wirtschaft, zu einem Abzug indischer Kaufleute, zu Kapitaltransfer und eigentlich zu völliger wirtschaftlicher Stagnation geführt. Die unmittelbare Nähe des Kongo hat das Seine getan. Was ich von Uganda gesehen habe, zeigt mir aber ein gesundes Land, das bei guten landwirtschaftlichen Verhältnissen große Entwicklungsmöglichkeiten in sich birgt. Voraussetzung aber für einen Weg in eine gesunde Zukunft ist, daß sich die eingeborenen Kräfte — Könige, Fürsten, Häuptlinge und Politiker — zusammenfinden und zunächst wirkliche Klarheit im politischen Bild ihres Landes erreichen. Ich mache kein Hehl daraus, daß ich sehr große Sorgen um eine Entwicklung in Uganda habe, falls das Land in Kürze seine Unabhängigkeit erzwingen würde. Es muß einfach noch in einer Reihe von Jahren die Klärung erfolgen; es müssen die Grundlagen geschaffen werden, wie sie in Tanganyika so erfreulich erreicht wurden und wie sie sicher in Kenya auch in einer nahen Zukunft erreicht sein werden.

Ein Wort noch zu Zansibar, jener Inselgruppe, auf der 80 % aller Gewürznelken der Welt gebaut werden, und die vom Flugzeug aus einem wie eine Palmenwelt erscheint. Zansibars Wirtschaftslage ist z. Zt. ebenfalls fast trostlos. Der Welt-Nelkenpreis ist völlig zusammengebrochen. Als Grund gab man mir an, daß der Hauptabnehmer Indiens aus Devisengründen anordnete, daß statt der drei Gewürznelken zum Verschließen des Blattes, mit dem die von den Indern so geschätzte Betelnuß eingewickelt wird, drei Holzstäbe zu nehmen seien. Mit dem Ausfall Indiens sind die Nelken heute fast unverkäuflich. Die konser-

native Bevölkerung, Ureinwanderer aus Persien, die Schirati und Araber, wehren sich aber dagegen, ihre Nellen aufzugeben und stattdessen andere landwirtschaftliche Kulturen aufzunehmen. Die wirtschaftliche Lage ist also äußerst schwierig. Und die politische? Wie in Uganda auch hier noch kein klares Bild. Mehrere rivalisierende Parteien. Die eine von ihnen, die Nationalist Party, geführt von einem Araber, zeigt eine starke Affinität zum Osten. Angeblich 35 ihrer Angehörigen, darunter maßgebliche Vorstandsmitglieder, befanden oder befinden sich gegenwärtig noch in Peking. Ihr Weg dorthin geht zunächst unter dem Vorwand des Verwandtenbesuchs mit einem Sprung aufs Festland und dann durch die ostafrikanischen Länder zum Nil, Nil abwärts nach Kairo und von dort nach Rotchina.

Diese Ostinfiltration sieht man mit großer Sorge. So klein die Insel ist, so groß kann die Gefahr sein, daß das ostorientierte Zansibar das Einfallstor in die ostafrikanische Welt bedeuten könnte.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu einer Frage sagen, die im Zusammenhang mit der Selbständigkeit nach meinem Dafürhalten eine große Rolle spielen wird: das ist die Frage einer ostafrikanischen Föderation. Politiker in Tanganyika und Kenya sind der Meinung, daß sie ihre weitreichenden Pläne nur verwirklichen können, wenn Ostafrika in einer Föderation — ich würde sagen, mindestens in einer Föderation — zusammengeschlossen bleibt. Nun ergaben sich dabei z. Bt. meines Besuches Schwierigkeiten. Die eine: Wenn die Selbständigkeit für die vier Länder nicht zum gleichen Zeitpunkt erreicht wird, besteht die Gefahr, daß die schon vorhandenen gemeinsamen Einrichtungen zerbrechen: Währung, Post, Eisenbahn, Zoll. Denn ein freies Land würde vielleicht nicht bereit sein, eine derartige Union zu unterhalten mit Ländern, die noch nicht unabhängig sind. Die andere Schwierigkeit: der Gedanke einer Föderation löst auch sehr schnell die Frage danach aus, wer in ihr die Führung haben würde. Und da wird es nach meinem Dafürhalten sicher sein, daß die Führung bei Dr. Julius Nyerere liegen wird. Ich bin aber genau so überzeugt, daß er die menschlichen Schwierigkeiten sieht, die von denen her entstehen könnten, die selbst in dieser Richtung Ambitionen hätten. Und ein drittes möchte ich noch hinzufügen: Die vier ostafrikanischen Staaten würden gut daran tun, sich unter allen Umständen zu einer Föderation zusammenzuschließen, sie würden aber auch gut daran tun, wenn sie sich zunächst auf den überschaubaren, leidlich homogenen Raum beschränken und noch nicht auf andere Länder hoffen würden, die von Ostafrika durch Meere gleichende große Seen getrennt sind. Ich glaube, daß eine größere Fö-

deration Gefahren mit sich bringt, die in einer kleineren Föderation noch gemeistert werden können.

In der Zwischenzeit scheinen mir alle Anzeichen dafür zu sprechen, daß der Gedanke der Föderation mit großem Nachdruck verfolgt wird.

III.

Wer diese Länder bereist, wer sich mit ihren Verhältnissen wirklich vertraut macht, weiß, daß zwei Tatsachen festliegen:

1) Diese Länder werden ihre Selbständigkeit erreichen, die Frage ist nur die nach dem Zeitpunkt.

Ich würde sagen: Tanganika vielleicht schon 1961, anschließend Kenya, Uganda um des Landes willen hoffentlich erst in einigen Jahren.

2) Das große Ziel, das diese selbständigen Staaten anstreben, ist eine Erhöhung des Lebensstandards ihrer Bevölkerung.

Die Erhöhung des Lebensstandards setzt voraus, daß wirtschaftliche Investitionen Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten bringen und daß über die steigende Wirtschaftskraft die Steuer- und die Finanzkraft der Länder wächst. Nur so werden die Länder selbst wiederum in den Stand versetzt werden, ihre staatlichen Aufgaben zu erfüllen: nämlich Schulen zu bauen, Fachkräfte heranzuziehen, einen Mittelstand auszubilden, Krankenhäuser zu bauen, die noch völlig darniederliegenden sozialen Leistungen zu heben. Der Aufbau des wirtschaftlichen Lebens erfordert Maßnahmen, die man heute mit dem seltsamen Wort „Infrastruktur“ bezeichnet: den Bau von wetterfesten Straßen, von Brücken, die in Regenzeiten nicht vernichtet werden, von Eisenbahnen, Häfen usw.

Die Heranbildung von Facharbeitern, von Handwerkern, von Kaufleuten und Verwaltungsbeamten bedeutet die Errichtung einer Vielzahl weiterführender Schulen, vor allem aber die Verbreiterung der allgemeinen Schulbildung überhaupt. In Tanganika dürfen heute nur noch 20 % der Kinder, die eine vierjährige Grundschule durchlaufen haben, in eine weiterführende Schule übernommen werden. Die Zahl der Krankenhäuser ist zwar sehr viel höher als vor 30 Jahren, reicht aber bei weitem nicht aus. Es ist schwer zu formulieren, wo man bei diesen Aufgaben beginnen, wo man enden soll und aufzuzählen, was alles nötig ist. Wer diese Länder aber bereist, der hat eine Vorstellung von der Aufgabe, vor der ihre Regierungen stehen werden. Er kehrt aber auch mit der Überzeugung nach Hause zurück, daß das Ausmaß der Hilfen, die unsere Länder diesen neuen Staaten zu geben haben,

dem Bürger der Bundesrepublik wohl völlig unbekannt ist, der sich heute — ich würde sagen, der Mode folgend — für die Unterstützung der Entwicklungsländer einsetzt. Lassen Sie mich zunächst dreierlei feststellen:

- 1) Die Länder, die ich bereiste, benötigen zur Erreichung ihres weitgesteckten Zieles, den Lebensstandard ihrer Menschen entscheidend zu heben, entscheidende Hilfe.
- 2) Sie werden bereit sein, diese Hilfe von der westlichen Welt zu erbitten. Sie kennen die Gefahren, die sich für sie ergeben, wenn sie dem Osten den kleinen Finger reichen.
- 3) Diese Länder drängen aber ungestüm auf die Erreichung ihres Zieles. Das schon bei uns fast unbekannte Wort der Geduld, ist bei ihnen höchst unbeliebt. Wenn ihre Politiker sehen, daß sie von uns, der westlichen Welt, keine Hilfe bekommen, oder durch unser System bedingte Verzögerungen eintreten, werden sie gezwungen, sich an die andere Welt zu wenden, an den Osten. Schnelle Hilfe ist das schlechthin Entscheidende.

Welche Anforderungen werden an uns hinsichtlich unserer Beteiligung an der Hilfe gestellt?

Da ist einmal die Unterstützung auf dem Gebiet von Schulen, vor allen Dingen auf dem Gebiet von Berufsschulen, Fachschulen usw. Da ist zweitens die Hilfe für die Infrastruktur, also für die großen Verkehrserschließungsmaßnahmen. Und da ist drittens und vor allem die Frage nach der eigentlichen Wirtschaftsförderung.

Lassen Sie mich zunächst einiges über das Ausbildungswesen sagen. Ich skizzierte, daß das allgemeine Schulwesen noch völlig unzureichend ist. Damit wird sich jede neue Regierung sehr sorgfältig beschäftigen müssen. Es ist aber nicht damit getan, daß der Eingeborene nach vier Grundschuljahren im zehnten oder elften Lebensjahr zurück in den Busch entlassen wird. Er muß angehalten werden, sich weiter zu bilden, er muß möglichst ein Handwerk erlernen, oder einen anderen wirklichen Beruf.

Hier ist nun eine große psychologische Schwierigkeit zu überwinden: Jungens, die Grundschule und weiterführende Schule und Handwerker-schule durchlaufen haben, glauben vielfach, daß sie mit dieser Ausbildung ein Anrecht hätten auf eine Funktion am Schreibtisch, daß sie nur noch Verantwortung zu tragen, nicht aber selbst praktische Arbeit zu leisten brauchten. Es ist in allen Ländern ein ganz schwieriges Problem, als Handwerker ausgebildete junge Menschen davon zu überzeugen, daß sie

auch als Handwerker tätig sein müßten. Sie meinen vielfach, daß mit dieser Ausbildung für sie das eigentliche Handarbeiter=Dasein beendet wäre. Ich meine, daß die Ausbildung zum Handwerker nicht genügt, wenn man sich nicht gleichzeitig auch um die Formung des Menschen, um seine Geisteshaltung bemüht.

Es soll keine Kritik an bestehenden Regierungsschulen für Handwerker sein, mir ist aber immer wieder berichtet worden, daß die Absolventen dieser Schulen ein wenig hoch gestochen seien und danach — fast wie bei uns — eine Anstellungsberechtigung mit Monatsgehalt verlangten. Anders sieht es auf den Missions=Handwerkerschulen aus. Dort wird, so scheint mir, in einem erheblichen Umfang der selbständige Handwerker auch vom Menschlichen her geformt. Ich habe die technischen Schulen der deutschen Benediktiner=Missionen im Süden Tanganyikas besucht, die mit ausgezeichnetem deutschen Lehrpersonal den Schülern nicht nur eine Berufsausbildung, sondern ihnen auch ein tiefgreifendes sittlich verankertes Weltbild vermitteln. Ich habe ähnliches in den evangelischen Kirchen von Nord-Tanganyika gesehen. Ich würde meinen, daß wir sehr gut beraten wären, wenn wir diese vorzüglichen Ansätze ausbauen würden, wenn wir neben der Hilfe an die betreffenden Regierungen für alle Arten technischer Schulen auch katholischen und evangelischen Einrichtungen unsere Hilfe gewährten. Ich habe mich mit dem Chief Minister Dr. Nyerere über diese Fragen unterhalten, der selbst praktizierender katholischer Christ ist und dessen Ministerkollegen zu einem wesentlichen Teil Christen der beiden großen Konfessionen sind. Sicher wollen sie die eigenen Regierungsschulen wesentlich stärken; sie wissen aber um die großen Leistungen der christlichen Kirchen und wünschen, daß ihre Arbeit nicht vermindert, sondern verstärkt wird. Ich gebe offen zu, daß ich in meinen eigenen Afrika-Jahren den Missionen gegenüber eine gewisse Skepsis gehabt habe. Was ich heute aber an Arbeit der christlichen Kirchen draußen gesehen habe, ist so hervorragend, daß ich meine Auffassung korrigiert habe und uneingeschränkt hoffe, daß die Arbeit der christlichen Kirchen zum Wohle dieser Länder fortgesetzt werden möge.

Das nächste Gebiet ist das der Hilfe für die Strukturmaßnahmen. Anleihen, Darlehen — bilateral oder multilateral — sind in großem Umfange erforderlich. Ich möchte diese Frage heute zunächst einmal ausklammern und sie nur andeuten.

IV.

Diese Hilfestellung aber ist nur ein Teil, und nicht einmal der entscheidende Teil. Das wichtigste bleibt meiner Meinung nach: die Stärkung der Wirtschaft dieser Länder. Es sind Agrarländer, mögen ihre Produkte nun Sisal, Koka, Cashew-nuts, mögen es Kaffee, Tee, Kakao, Baumwolle, Zucker oder Reis sein: die Grundlage dieser Länder ist die landwirtschaftliche Produktion für den Eigenbedarf und den Export in die Weltmärkte, um daraus Devisen zu erlösen. Fabriken gibt es bisher ausschließlich für den örtlichen Bedarf. Eine industrielle Produktion für den Export ist mir nicht begegnet, mit Ausnahme der industriellen Verarbeitung etwa des anfallenden Fleisches zu Konserven für den Export. Die Bodenschätze

sind nach meinem Dafürhalten bisher nicht annähernd lückenlos erforscht; außer Gold und Diamanten ist wesentlicher Bergbau noch nicht vorhanden.

Was kann geschehen, um nun die Wirtschaftskraft zu steigern?

Da sind einmal die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, die in der Welt Absatzmärkte hat: beispielsweise Sisal, Kaffee — soweit es Qualitätskaffee ist — Tee, Kakao, Baumwolle, Rhizinus. Da ist beispielsweise die Eigenproduktion zur Verminderung der bisher erforderlichen Einfuhr: Zucker und Reis. Da ist beispielsweise die Erforschung neuer Absatzmöglichkeiten für Veredelung schon bekannter landwirtschaftlicher Produkte. Im industriellen Bereich gibt es eine Fülle von Möglichkeiten, die gegenwärtig notwendigen Einfuhren durch Eigenproduktion zu vermindern, sie sind aber zunächst begrenzt auf kleinere, vielleicht mittlere Unternehmungen. Industrielle Großvorhaben sind z. B. sicher unzweckmäßig.

Bei allen meinen Überlegungen gehe ich davon aus, daß Vertrauen in diese Länder gewonnen werden muß, und daß Fehlanlagen, die bisher nicht reüssieren, zu einer Beeinträchtigung des neu zu gewinnenden Vertrauens führen können. Es muß also sehr sorgfältig volkswirtschaftlich untersucht, durch Marktanalysen geklärt, sorgfältig geplant werden, damit sich nicht ein zweites Mal das Fiasco des berühmten „ground nut scheme“ der ersten Nachkriegsjahre in Tanganyika wiederholt.

Die Gründung geeigneter Betriebe, von Großpflanzungen etwa für die obengenannten landwirtschaftlichen Produkte oder kleinerer und mittlerer industrieller Vorhaben, die so dringend von den neuen Regierungen gewünscht werden, setzt aber für jede private Betätigung voraus, daß der private Investor in dieses neue Land begründet Vertrauen setzen kann.

Ich habe daher unlängst einen Gedanken zur Diskussion gestellt, den ich hier noch einmal darlegen und begründen möchte und der den Zielen dient:

- 1) Die Wirtschaft der Entwicklungsländer entscheidend zu stärken und damit diesen Ländern wirklich zu helfen.
- 2) Das Vertrauen in die neuen Länder so zu vertiefen, daß sich die deutsche Wirtschaft bereit finden wird, sich am Aufbau zu beteiligen.
- 3) Die erforderliche große Wirtschaftshilfe aus öffentlichen Geldern des Bundes einzusetzen, ohne daß der unendlich komplizierte, schwerfällige, zeitraubende Mitwirkungs- und Kontrollapparat der Regierung ständig in Tätigkeit zu treten hat.
- 4) Geeignete Tropen- und Subtropen-Fachkräfte für alle Bereiche zu finden, vor allem jungen deutschen Nachwuchs heranzubilden.

Ich habe also vorgeschlagen, eine bundeseigene Entwicklungsgesellschaft, die „Deutsche Entwicklungsgesellschaft“ zu gründen. Lassen Sie mich das im einzelnen erläutern:

1. Warum Staatliche Gesellschaft?

Man wird mich fragen, warum ich eine staatliche Gesellschaft will und das Ganze nicht der privaten Wirtschaft überlasse. Ich möchte sehr deutlich antworten: Ich will erreichen, daß die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik schneller realisierbar ist, als bisherige Beispiele gezeigt haben, in denen der Einzelne oder das einzelne Unternehmen die Mitwirkung des Bundes benötigte. Wer die Verhältnisse kennt, weiß, wer alles an Maßnahmen mitwirken muß, die von einer Regierung erbeten werden. Das sind meistens drei, vier oder fünf Ressorts, das sind Regierungsausschüsse und oftmals auch parlamentarische Instanzen. Das sind die langen Wege über Mitwirkungs- und Anhörungspflichten und Rechte sowie Kontrollen von Rechnungshöfen. Wer immer sich etwa mit der Realisierung von Vorhaben auf Grund des § 85 des allgemeinen Kriegsfolgengesetzes beschäftigt hat, dem ist der monate-, zum Teil jahrelange Weg bekannt, den Antragsteller zu gehen haben. Ich bestätige wirklich gern, daß ein großer Teil guter Wille bei denen vorhanden ist, die mitzuwirken haben. Der Weg aber, den die andere Seite zu gehen hat, die unternehmerische Initiative, ist so langwierig, zeitraubend, enttäuschend, daß man entweder in der Erkenntnis aufgibt, da es nach diesem ausgeklügelten, komplizierten System einfach keine Realisierung in einem übersehbaren Zeitraum gibt, oder daß man am

Ende dieses Weges feststellen muß, daß in der Zwischenzeit sich ein anderer, vielleicht der Osten, dieses Projektes bemächtigt hat.

Ich bin Chef einer Regierung. Der Volksmund nennt unsere Mitarbeiter Bürokraten. Diese Mitarbeiter werden meinen Kollegen und mir zubilligen, daß wir uns wohl ganz uneingeschränkt zu ihnen bekennen, uns vor sie stellen. Das schließt aber nicht aus, daß ich mit allem Ernst erklären muß, daß viele Entscheidungen dadurch ganz unerträglich verzögert werden, daß „jeder mitreden will“.

Weshalb sage ich all' das in diesem Zusammenhang?

Aus den vielen Unterhaltungen in Afrika ist mir ein Wort eines auch in Deutschland bereits hervorragend bekannten Ministers haften geblieben: „We get impatient“.

Die große Gefahr, die ich bei den Möglichkeiten des Ostblocks in Afrika sehe, liegt eben bei diesen Einbruchsstellen: Wenn in ihrem Drängen die afrikanischen Länder nicht schneller ihre Pläne realisieren können, wird der Ostblock die Ungeduld ausnutzen und bei den Möglichkeiten seines totalitären Systems in diese Planungen einbrechen und den Westen ausrunden können.

Mein Gedanke ist dieser: eine Form zu finden, die es der Regierung und dem Parlament ermöglicht, auf das Übermaß ihrer Mitwirkungsfunktionen zu verzichten, eine Konstruktion zu finden, die Gewähr dafür bietet, daß Regierung und Parlament dieser Gesellschaft die erforderlichen hohen Beträge des Staates zur Verfügung stellt.

Schnelles, verantwortungsbewußtes, unbürokratisches Handeln setzt auch eines voraus: daß Rechnungshöfe das Ganze nicht behindern. Ich bekenne mich zur Gewaltenteilung, ich halte drei Gewalten aber für ausreichend, die Opposition ist nicht die vierte Gewalt und der Bundesrechnungshof nicht die fünfte.

2. Wo wirkt nun die Privatwirtschaft mit?

Die Realisierung der einzelnen wirtschaftlichen Vorhaben stelle ich mir so vor, daß diese Deutsche Entwicklungsgesellschaft für jedes einzelne Objekt eine Tochtergesellschaft gründet, an der sich die für dieses Unternehmen geeignete deutsche Wirtschaft, die neue selbständige Regierung, heranwachsende eigene Wirtschaftskreise des selbständigen Landes oder auch andere europäische Gruppen beteiligen können, die sich für Afrika mitverantwortlich fühlen. Es bedarf eigentlich nicht der Betonung, daß die „Deutsche Entwicklungsgesellschaft“ und ihre Tochtergesellschaften nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu leiten sind.

Lassen Sie mich noch einmal deutlich machen, daß durch diese Konstruktion also die Möglichkeit eröffnet wird, durch eine Kombination aus privater Initiative, afrikanischer Mitwirkung und bundesstaatlicher Beteiligung alle geeigneten Projekte durchzuführen, ohne daß zu jeder Entscheidung die Reihe der Bundesressorts zu hören sind. Nur so kann man erwirken, daß vernünftige Objekte schnell realisiert werden.

Dazu noch ein weiteres: Die Bundesgesellschaft wird sich in dem Ausmaß durch Eigenkapital an ihren Tochterunternehmungen zu beteiligen haben, wie es nicht möglich ist, anderes Kapital schon zu Beginn des Tochterunternehmens heranzuziehen, weil vielleicht eine Rendite nicht rasch genug absehbar ist oder für die private Wirtschaft das Risiko doch noch zu groß erscheint. Es wird vielleicht sogar Tochtergesellschaften geben, bei denen sich aus diesen Gründen zunächst niemand beteiligt, die aber unter Berücksichtigung des Gesamtkonzeptes wünschenswert und vernünftig wären. Im übrigen halte ich durchaus für möglich, daß nach Anlauf und Konsolidierung der so gegründeten Betriebe die Beteiligung der Bundesgesellschaft eines Tages vielleicht vermindert oder abgestoßen werden könnte.

3. Will man denn überhaupt unsere unmittelbare Mitwirkung?

Lassen Sie mich an dieser Stelle einen Satz anfügen zu einer Rede, die der Bundestagsabgeordnete Dr. Vogel bei der Eröffnung der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer in der Villa Borsig in Berlin gehalten hat. Dr. Vogel regte an, eine Stelle für einen Staatssekretär zu schaffen, der

- 1) zwischen Bund und Ländern einen Verwaltungsvertrag zustande bringen solle,
- 2) die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft sicherstellen und
- 3) mit den vielen neugegründeten Staaten einen direkten Kontakt durch Besuche herstellen solle.

Dieser Staatssekretär sei erforderlich, um den Staaten gegenüber mit einer entsprechenden Rangordnung und auch gegenüber der Wirtschaft mit dem nötigen Schwergewicht aufzutreten.

Wen wir brauchen ist, so scheint mir, nicht jemand, der mit Schwergewicht gegenüber der Wirtschaft auftritt, sondern der mit der Vollmacht des Staates ausgestattet, aber nicht als einer seiner Beamten von ihm durch etwaige Mitwirkungsrechte gebremst wird. Er soll im übrigen mit und nicht gegenüber der Wirtschaft auftreten.

Man wird vielleicht einwenden, daß durch die historische Entwicklung in diesen selbständigen Ländern zwar das Geld der westlichen Welt, nicht aber der Europäer selbst als Leiter oder als Mitarbeiter erwünscht wird. Meine Erfahrungen in den fünf bereisten Ländern sprechen keinesfalls für diese These.

Eine Ausnahme nur: man wünscht, wie mir Dr. Julius Nyerere sagte — nicht den weißen Einzelsiedler. Man befürchtet, daß mit der Neuansiedlung des kleinen Pflanzers oder Farmers politische Schwierigkeiten entstehen könnten, und die will man — verständlicherweise — vermeiden. Im übrigen glaube ich aber, daß die selbständig werdenden Völker inzwischen erkannt haben, daß ihr Aufbau sehr viel schneller und sehr viel stabiler sein wird, wenn er „multiracial“ erfolgt, d. h. nicht gegen die weiße oder asiatische Rasse, sondern mit ihr. Jeder, der sich für diese Länder einsetzt oder sich in ihnen betätigt, weiß, daß Loyalität diesen Regierungen gegenüber einfach Grundsatz sein muß. Nicht zuletzt die Deutsche Afrika-Woche hat sichtbar gemacht, daß niemand in der Bundesrepublik einen Weg beschreiten würde, der an das koloniale Zeitalter auch nur in Anklängen erinnern könnte. Unser aller Wunsch ist es, diesen Völkern auf ihrem schwierigen Weg zu helfen. Ich glaube auch, daß es möglich ist, mit diesen Regierungen darüber sich einig zu werden, daß Entwicklungshilfe Gegenseitigkeit voraussetzt. Wer unsere Mithilfe erwartet, sollte bereit sein, unsere Mitarbeiter auch freudig aufzunehmen. Wer nur unser Geld will, uns selbst aber nicht zu sehen wünscht, wird sich darüber im Klaren sein, daß dann vielleicht unsere Bereitschaft, die Bereitschaft des deutschen Steuerzahlers, diesen Ländern ehrlich zu helfen, sinken wird. Im übrigen meine ich, daß wir uns nicht zu schämen brauchen, daß wir Weiße sind.

4. Stehen schließlich die Menschen für diese Aufgabe zur Verfügung?

Diese Frage beinhaltet schon den Einwand, daß man in unserem Wirtschaftswunderland vermutlich gar keine Menschen mehr habe, die hinausgehen könnten oder bereit wären, hinauszugehen, um für diese Gesellschaften in Tropen und Subtropen zu wirken, die ihnen viele Entbehrungen und Erschwernisse aller Art bringen werden.

Dieser Einwand ist sicher gewichtig. Das Problem, das mit dieser Frage aufgegriffen wird, die personelle Seite der Entwicklungsfragen also, ist äußerst schwierig, denn wer sich draußen auskennt, wird mir leider zugeben müssen, daß vielleicht schon in 10 Jahren kein deutscher Fachmann für tropische Landwirtschaft mehr vorhanden sein wird.

Sollte man aber nicht in der Lage sein, der heranwachsenden Generation klarmachen zu können, daß in einem Volk, auch in der Bundesrepublik, junge Menschen sein müssen, die noch bereit sind zum Wagnis? Wenn bei uns die Bereitschaft zum Wagnis er stirbt, junge Menschen nicht mehr gewillt sind, hinauszugehen in die Welt, sich dort den Wind um die Nase wehen zu lassen und eines Tages zurückzukehren mit weiten Erfahrungen, dann werden eines Tages bei uns Spießbürgertum und provinzielles Denken vorherrschen. Mit beidem wird man auch unsere Welt, die Bundesrepublik, auf die Dauer nicht in Ordnung halten; und nur von Konferenz zu Konferenz zu fliegen, reicht nicht mehr aus.

Man muß einmal erleben, wie etwa die für die Tropen geschulten Leute des Ostblocks auftreten, sich überall hineinschieben und Lücken ausfüllen, weil diese Lücken nicht von uns geschlossen wurden. Das Denken in gesicherten Lebensbereichen der Bundesrepublik wird überflüssig werden, wenn die übrige Welt aus den Fugen gerät. Auf daß sie nicht aus den Fugen gerät, seien unsere jungen Menschen aufgerufen, ihre Aufgabe auch draußen zu sehen und zu übernehmen.

V.

Die Ausbildung unserer Menschen für die Tropen hat aus verständlichen Gründen fast 20 Jahre hindurch brachgelegen. Mit großen Mühen ist es nur gelungen, das vorzüglich bewährte alte Institut in Wüstenhausen für die Ausbildung tropischer Landwirte wieder zu eröffnen. Ich verrate kein Geheimnis, wenn dabei aber zunächst viel Mißtrauen Pate stand: in den alten Namen, der auf koloniale Tätigkeit verweist, in die Personen, die es trugen, in die rechtliche Form, die man ihm vor 6 Jahrzehnten gab. Erschwerend kam hinzu die föderative Struktur der Bundesrepublik und die Länderzuständigkeiten. Die Bundesregierung hat geholfen. Der Etat wird in diesem Jahre verstärkt, aber selbst der verstärkte Etat ist bei weitem zu gering. Ich hoffe, daß das Vertrauen in dieses neue Institut für tropische und subtropische Landwirtschaft sehr bald wachsen möge, damit wir einen Mittelpunkt gewinnen für die Heranbildung der dringend erforderlichen Fachkräfte vom staatlich geprüften Landwirt bis zum Diplom-Landwirt. Ich bin in Afrika immer wieder auf die großen Schwierigkeiten angesprochen worden, die auch bei der Gewinnung anderer deutscher Mitarbeiter entstehen. Meist geht die Bereitschaft einer qualifizierten Kraft hinauszugehen dann verloren, wenn überlegt werden muß, ob man später nach drei oder fünf oder nach zehn Jahren wieder nach Deutschland zurück=

kehren kann, sei es aus Gründen der Gesundheit, sei es weil man für seine Kinder eine Ausbildung im Rahmen der Familie in Deutschland wünscht. 3. St. ist aber das Problem noch ungelöst.

Bei den Überlegungen für die Entwicklungshilfe möchte ich an dieser Stelle zunächst eines betonen. Die gesamte Entwicklungspolitik muß vom Bund konzipiert, zusammengefaßt und vertreten werden. Ich halte es für abwegig, wenn etwa die elf westdeutschen Länder eigene Entwicklungspläne betreiben, wenn also Schleswig-Holstein einen Plan für Ostafrika, mein Freund Kiesinger einen für Kamerun oder Togo oder die Hessen einen für Ghana machen. Es kann nur eine gemeinsame Bundesaufgabe bleiben, damit in diesen Ländern nicht heillose Verwirrung dadurch angestiftet wird, daß dort die Bundesrepublik, außerdem ihre einzelnen Länder und schließlich die Ostzone auftauchen.

Aber die Länder müssen mitwirken, der Bund kann es nicht allein. Ich habe lange darüber nachgedacht, wie diese Mitwirkung der Bundesländer geschehen könnte. Denn: unmittelbare finanzielle Beteiligung löst bekanntlich sofort Fragen der Finanzverfassung aus, bringt das Beteiligungsverhältnis an den Steuern zwischen Bund und Ländern in Bewegung. Das weitere Ergebnis meiner Reise ist nun ein Plan, der die personelle Seite der Entwicklungshilfe einen ganz entscheidenden Schritt weiterbringen kann. Und hier können und sollten die Bundesländer ihre erste, aber wohl außerordentlich wichtige Mitwirkung leisten: denn es sind Bedienstete aus den Länderverwaltungen, die man draußen braucht: Techniker und Ingenieure für Wasserwirtschaft und Straßenbau, für Vermessungs- und Katasterwesen, für allgemeine Landwirtschaft und Siedlung usw.; es sind Ärzte und Röntgenologen aus unseren Kliniken, es sind Wissenschaftler unserer Universitäten, es sind Lehrer aller Art.

Die Schleswig-holsteinische Landesregierung hat in Verfolg dieses Planes nunmehr Vorsee getroffen, daß in ihrem Landeshaushalt eine gewisse Zahl von Planstellen ausgebracht wird für Beamte und Angestellte, die bereit sind, für diese Aufgaben in den Entwicklungsländern für kürzere oder längere Zeit zu wirken. Wir sind bereit, selbst angesichts des Mangels an Kräften für die eigenen Landesaufgaben Wissenschaftler, Techniker, Agrarexperten, Ärzte, Lehrer usw. nach Afrika zu schicken. Sie behalten im Landeshaushalt ihre Planstellen. Aus diesen Planstellen können sie einen Teil ihres Gehaltes zur Sicherung ihrer Familien in Deutschland erhalten, falls besondere Umstände dazu zwingen. Sie können drei, fünf oder zehn Jahre nach Kenia oder Tanganika gehen, sie wissen, daß ihnen hier eine gewisse

finanzielle Hilfe zu ihrem dortigen Gehalt zur Verfügung stehen kann. Sie wissen vor allem, daß sie in ihre eigene Heimat, auf ihre eigenen freigehaltenen Planstellen zurückkehren können. Ich glaube, daß dies eine schlechthin entscheidende Maßnahme ist, um endlich qualifizierten Menschen den Weg in die Entwicklungsländer zu ermöglichen. Möge aber jeder sich im Klaren sein, daß es nur tüchtige, vor allem charakterlich einwandfreie sind. Nach Afrika darf man niemanden abschieben.

Die Ausbildung geeigneter Kräfte verlangt übrigens noch eine weitere Überlegung. Es muß auf die Dauer möglich sein, eigene, vor allem landwirtschaftliche Forschung in Tropen und Subtropen zu betreiben. Ich würde es außerordentlich begrüßen, wenn die Bundesregierung daran denken könnte, mit den entstehenden neuen Ländern eine Vereinbarung dahingehend zu treffen, daß wir eigene deutsche landwirtschaftliche Forschungsanstalten und Versuchsstationen oder andere Institute in diesen Ländern errichten, daß wir dort Möglichkeiten der Forschungsarbeit und der Ausbildung unseres eigenen wissenschaftlichen Nachwuchses gewinnen, bevor er wieder in die Bundesrepublik zurückkehrt. Um es zu konkretisieren: Angesichts der großen Unterschiede in Struktur oder Klima halte ich es für sinnvoll, je eine Forschungsanstalt in Ostafrika und im westlichen Afrika zu errichten und sie — im engen Einvernehmen mit der Regierung des neuen Landes — unter allen Umständen selbst zu unterhalten und zu betreiben. Diese Forschungsstationen wird man übrigens auch koppeln können mit einer Landwirtschaftsschule, die die Bundesrepublik für das betreffende Land erstellt und ihm mit der Möglichkeit überträgt, in dieser Landwirtschaftsschule auch eigene Mitarbeit zu leisten.

Sie werden mich fragen, woher ich die Mittel für diese riesigen Entwicklungsaufgaben einschl. der Mittel für die Entwicklungsgesellschaft zu nehmen beabsichtige. Ich bekenne, daß ich dazu heute noch keinen abschließenden Vorschlag machen kann. Ich glaube, man wird aus vielen Überlegungen heraus eine Mischform finden müssen. Da ist einmal die Bereitschaft der Industrie, eine Anleihe zu zeichnen, da ist zum zweiten ein Vorschlag, einen besonderen Zuschlag zur Einkommensteuer einzuführen, das Aufkommen aber aus dieser Steuer als eine zu verzinsende Anleihe zu behandeln; da sind drittens Überlegungen, überhaupt eine neue Steuer einzuführen.

Es ist zunächst völlig abwegig, davon auszugehen, man könne ohne große Mittel aus dem Bundeshaushalt davonkommen. 100 Millionen für technische Hilfe ist das eine, Beträge für kulturelle Hilfe das andere. Das zusammen aber sind nur Teile, Bruchteile der erforder-

lichen Beträge überhaupt. Ich glaube daher, daß wir ohne eine Steuer diese Leistungen nicht werden vollbringen können. Es wäre sicher wünschenswert, diese Steuer zum mindesten zum Teil als Anleihe zu behandeln, damit jeder Steuerzahler durch eine solche Anleihe, durch das Dokument, das er in die Hand bekommt, auch unmittelbar Kontakt mit der zu entwickelnden Welt gewinnt. Wenn er diese Steuer zahlen muß und für einen Teil seiner Leistung ein verzinsliches Anleihepapier bekommt, dann gewinnt er vermutlich zu dem hier anstehenden und für sein eigenes Schicksal so entscheidendes Problem ein anderes Verhältnis. Bei der Frage einer derartigen Anleihe muß man aber berücksichtigen, daß ein nicht übersehbarer Teil der Hilfen für die obigen Aufgaben unrentierbar bleiben wird. Ich glaube, daß man aus allen diesen Überlegungen die Synthese finden muß, über die man auch im Wahljahr 1961 sprechen kann. Eine Steuer für Entwicklungsländer ist keine politische Frage, mit der die SPD oder CDU einen Wahlkampf bestreiten dürfte. Wenn wir mit der Lösung dieser Fragen warten, bis einmal nicht gewählt wird, dann brauchen wir uns über Entwicklungshilfe nicht mehr zu unterhalten: Der Osten wird dann längst in die Risse eingedrungen sein, die durch solche Kontroversen in der westlichen Burg entstanden sind.

Lassen Sie mich hinzufügen: Mancher Brief, der mich erreichte, übt an der Entwicklungshilfe noch aus einer anderen Sicht heraus Kritik. Man sagt, daß noch soviel Not im eigenen Volk zu beseitigen wäre, „bevor man sein Geld für die Neger ausgäbe“. Ich möchte denen, die so schreiben, sagen, daß sie sich wohl keine Vorstellung von dem Lebensstandard, der ungeheuren Not, dem Hunger in der Welt machen. Ich nehme für mich in Anspruch, die Verhältnisse in Deutschland bis in diese Details zu kennen. Ich muß aber deutlich erklären, daß selbst die traurigsten Einzelfälle bei uns noch nicht den Vergleich mit der allgemeinen Lage in diesen Ländern aushalten.

Lassen Sie mich zum Schluß noch ein Wort sagen zur Koordination. Trotz einer allenthalben sichtbaren starken Bereitschaft, sich für Entwicklungsländer und Entwicklungshilfe einzusetzen, ist die Zahl der Menschen sehr begrenzt, die davon etwas verstehen. Man sollte sich daher weder verzetteln noch Doppelarbeit leisten.

Man muß daher sehr schnell und vermutlich mit recht harter Hand koordinieren. Koordinieren bedeutet nämlich, daß der eine oder andere seine bisherigen Kompetenzen aufgeben muß. Seltsam, aber das tut niemand gern. Schnell geschieht etwas nur, wenn wenige mit großer Bereitschaft zur Entscheidung handeln können.

Koordinieren bedeutet, daß einheitliche Grundlinien verfolgt werden, sonst laufen wir zu leicht auseinander und stiften bei der Vielfalt der Überlegungen und Äußerungen und dem Beginn aller Arten von Besuchen in Afrika und in Deutschland drüben nur allzuleicht Verwirrung. Ich meine:

- 1) daß das Auswärtige Amt die Federführung in allen Entwicklungsfragen,
- 2) daß es eine hervorragend besetzte Entwicklungsabteilung haben muß,
- 3) daß der Auswärtige Dienst in den Entwicklungsländern mit erstklassigen diplomatischen Vertretungen besetzt sein muß. Bei jungen Völkern mit an Lebensjahren jungen Politikern wird man auch auf diese Seite Rücksicht nehmen müssen.
- 4) daß die deutschen diplomatischen Vertretungen in erster Linie Verständnis für wirtschaftliche Fragen aufbringen müssen, sonst ist ihre Wirksamkeit unzureichend,
- 5) daß auch außerhalb der Regierung eine Koordinierung erreicht werden muß zwischen Gesellschaften und Vereinen, Organisationen und Universitäten. Nur so kann man eine Übersicht gewinnen über die gesamte Personallage, über Fragen der Stipendien und der Stipendiaten, über Fragen der Forschung.

Meine Damen und Herren!

Ich habe mich bemüht, die wesentlichsten Überlegungen einer Studienreise Ihnen vorzutragen. Was ich Ihnen darlegte, ist gewiß nicht der Weisheit letzter Schluß, vielleicht ist es aber ein Beitrag zu dem unerhört wichtigen Thema, das heute auch das deutsche Volk in allen seinen Schichten auf das Ernsthafteste beschäftigen sollte.